

Donnerstag, 19. November 2020, Nassauische Neue Presse /
Lokales

Straßenbeiträge: Parlament will vor Gericht ziehen

BESELICH - Haupt- und Finanzausschuss beschließt Rückzahlung für Anwohner der Hahlbergstraße

Der Haupt- und Finanzausschuss (HFA) des Beselicher Gemeindeparlaments hat in seiner jüngsten Sitzung geschlossen seinen Willen bekundet, den Grundstückseigentümern in der Niedertiefenbacher Hahlbergstraße ihre im Jahr 2013 gezahlten Straßenbeiträge zurückzuzahlen und dafür vor das Verwaltungsgericht in Wiesbaden zu ziehen. Insgesamt geht es um eine Summe von rund 120 000 Euro. Ob es zu der Rückzahlung kommt, hängt allerdings vom weiteren Verlauf des Verfahrens ab. Einem von der Gemeindevertretung einstimmig gefassten Beschluss muss Bürgermeister Michael Franz (parteilos) nun widersprechen, weil er nach gegenwärtiger Rechtslage nicht zulässig ist. Dagegen wiederum kann die Gemeindevertretung Klage beim Verwaltungsgericht einreichen.

In ihrem zuvor im Ältestenrat abgestimmten Beschluss fordern die Ausschussmitglieder, die wegen Corona stellvertretend für die Gemeindevertretung tagten, den Gemeindevorstand auf, die "von den Anwohnern der Hahlbergstraße in Niedertiefenbach gezahlten Straßenbeiträge für den Zweitausbau umgehend zu erstatten". Für das anstehende Klageverfahren wurde Rechtsanwalt Dieter Schlempp aus Wiesbaden bestimmt. Dieser hatte bereits das Stadtparlament Limburg vertreten, das in einem ähnlich gelagerten Fall gegen das Veto des Limburger Bürgermeister Dr. Marius Hahn (SPD) vorgegangen war. In diesem Verfahren war das Stadtparlament unterlegen, allerdings gehen die Beselicher Gemeindevertreter davon aus, dass der Fall in ihrer Gemeinde anders liegt, weil Beselich finanziell besser dastehe als Limburg.

Trotz aller Einigkeit entspann sich im HFA eine kurze Diskussion über die Sinnhaftigkeit eines bereits im März auf Antrag der Bürgerliste gefassten Beschlusses der Gemeindevertretung, die

dieselben Ziele verfolgte wie der HFA-Beschluss diesen Montag. Während der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Bürgerliste, Norbert Bandur, darauf beharrte, dass der Antrag seiner Fraktion eine mehrmonatige Zeitersparnis hätte bringen können, bestritt Bürgermeister Franz diese Behauptung. Einen kürzlich vorgelegten CDU-Antrag nannte Bandur "so überflüssig wie ein Kropf". "Man kommt sich vor wie bei Don Camillo und Peppone, wo jeder versucht, den anderen zu übervorteilen", beklagte Bandur.

Dagegen sagte Franz, eine von der BLB ursprünglich angestrebte bloße Wiederholung des Märzbeschlusses hätte nicht zu einer Klagemöglichkeit des Parlaments geführt. Und zwar aus einem einfachen Grund: "Ich hätte nicht widersprechen müssen", sagte der Bürgermeister. Deshalb sei es notwendig gewesen, das Verfahren jetzt noch einmal ganz von vorne zu beginnen.

Der SPD-Fraktionsvorsitzende Michael Jahn erinnerte daran, dass das Parlament bereits am 14. Dezember 2018 die Straßenbeitragssatzung aufgehoben und eine Rückzahlung beabsichtigt habe. Die Hoffnung, dass die Klage in Limburg eine Klärung der Zulässigkeit bringen würde, habe sich leider nicht erfüllt. Auch der CDU-Fraktionsvorsitzende Dr. Theo Schneider betonte: "Seit 2018 besteht Einigkeit im Ziel."

Der HFA-Vorsitzende Bernd Müller (SPD) begrüßte, dass der Ausschuss jetzt einen einstimmigen Rückzahlungsbeschluss gefasst hat und sprach ein salomonisches Schlusswort. "Vielleicht werden nun ein Stück weit die Beselicher Verhältnisse wieder zurückkehren, das heißt ohne Zank und Streit." Einstimmig war auch eine weitere Formalie: Auf Antrag des Gemeindevorstands wurde die im Jahr 2007 erlassene Straßenbeitragssatzung der Gemeinde Beselich aufgehoben, so dass nun der Weg für das weitere Verfahren frei ist.
Rolf Goeckel